

Haus & Grund Landsberg im Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten Michael Kießling

Haus & Grund – Dr. Kappes: Die Vereinfachung, Streichung und Entrümpelung von Bauvorschriften – dies ist ja ein Thema in der Politik seit vielen Jahren. Rückblende in die Zeit, wo Sie bis letzten Sommer Mitglied der Regierungskoalition waren. Was sehen Sie da als erreicht an?

Kießling: Um günstiger zu bauen und auch günstiger Bauland zu erwerben, haben wir in der vergangenen Legislaturperiode zum Beispiel das Baulandmodernisierungsgesetz beschlossen. Damit haben wir unter anderem vereinfachtes Baurecht geschaffen – z. B. mit § 13b BauGB, der jetzt aber leider ausläuft. Dann gibt es die sogenannte Verbilligungsrichtlinie der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), die es ermöglicht - wenn jemand sozialen Wohnraum schafft, so zum Beispiel Kommunen –, dass Grundstücke des Bundes verbilligt veräußert werden können. Zum Thema Bauvorschriften ist es etwas schwieriger, hier gibt es zum einen die Bayerische Bauordnung (BayBO), die zu berücksichtigen ist, und zum anderen die technischen Standards, die Normen, auf die der Bund wenig bis keinen Einfluss hat. Hier stellt sich natürlich ganz klar die Frage, wie bringt man diese Ebenen zusammen - so zum Beispiel beim Thema Brandschutz.

Richtig, dies war konkrete Frage von einem Vereinsmitglied, der Bauträger hier im Landkreis ist und seit Jahrzehnten versucht, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. In Deutschland gibt es wohl zum Thema Brandschutz 5.000 Seiten (!), während in Österreich zu diesem Thema lediglich 70 Seiten Vorschriften vorhanden sind.

Kießling: Als Bürgermeister war ich selbst auch schon Bauherr und dabei war der Brandschutz immer das Thema, wo sich keiner so richtig herantraut, weil es einfach um Leib und Leben geht. Aber wir wissen auch, dass natürlich bei den Brandschutzanforderungen - gerade was den Bestandsschutz betrifft – vieles vereinfacht und erleichtert werden sollte. Aber dort dran zu gehen, ist eine schwierige Geschichte.

Da haben Sie also wenig Hoffnung für eine baldige Vereinfachung ...

Kießling: Um etwas vorzugreifen – die Digitalisierung kann uns hierbei helfen, dass wir den verschiedenen Anforderungen gerecht werden und kostenbewusst respektive kostensicher bauen und planen. Dazu brauchen wir aber wesentlich früher mehr Informationen über ein Gebäude. Dann können wir durch digitale Methoden (Building Information Modeling – BIM) den Prozess des Planens und Bauens mit den Bauvorschriften so vereinen, sodass man schneller wird und nicht mehr so viele Normen bearbeiten muss. Das gleiche gilt für die Baugenehmigung. Da haben wir ja auch das Problem, dass in den Behörden zu wenig Personal da ist und Anträge liegen bleiben. Zwar haben wir in Bayern die Genehmigungsfiktion, um den Prozess zu beschleunigen. Dies hilft aber nur bedingt, weil wir dennoch Bauvorhaben haben, die

genehmigt werden müssen. Aber auch hier kann uns – so hoffe ich – die Digitalisierung unterstützen und Prozesse beschleunigen.

Wenn die technischen Voraussetzungen stimmen und die Anforderungen an Sicherheit und Datenschutz nicht so hoch geschraubt werden.

Kießling: Genau, darum gibt es im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes (OZG), dass die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen behandelt, verschiedene Pilotprojekte auf Bundesebene - beispielsweise zum Thema Baugenehmigung, wo untersucht wird, was gewährleistet sein muss, um es umsetzen zu können. Also man gibt bei der Gemeinde einen Bauantrag ein, die kontrolliert den Antrag, reicht diesen an das Landratsamt weiter und dann geht es wieder zurück zur Kommune. Wenn ich diese Schritte digitalisiere, brauche ich zum Beispiel einen sicheren Server. Dabei ist zu klären, wo dieser Server steht und wer Zugriff darauf hat. Und genau solche Detailfragen werden in den Pilotprojekten bearbeitet.

Hier sind meine persönlichen Erfahrungen mit der Justizverwaltung echt negativ, vor allen Dingen mit den Kammern noch dazu. Wenn da zu viele mitmachen – allein diese Identifizierung läuft bei uns über eine eigene Karte, und nicht über den Personalausweis. Ich wollte dann den Personalausweis mit der E-ID verwenden, um mich wirklich mit meinem zertifizierten Lesegerät auch zu identifizieren, das hat da auch nicht funktioniert. Und wenn es so angegangen wird, wird es nur Kosten bringen, aber im Endeffekt keine Beschleunigung. Aber ich gebe Ihnen recht, dass es zumindest versucht werden muss.

Kießling: Was man nicht unterschätzen darf, Digitalisierung heißt nicht, nur ein Formular einfach als PDF abzubilden. Das bringt nichts. Vielmehr müssen die Prozesse dahinter entsprechend angepasst werden. Sie haben einen wichtigen Punkt angesprochen, das ist der Datenschutz – der muss gewährleistet und sicher sein. Aber: Dieser muss auch anwendbar und umgänglich sein – und das ist die Herausforderung.

Und da sehe ich große Bremsen bei uns, solange das so hoch angesetzt wird mit dem Datenschutzthema. Da haben wir uns selber einfach Hürden gesetzt, die uns bei Beschleunigungsmaßnahmen ausbremsen – das haben wir ja bei Corona auch schon gemerkt.

Kießling: Wenn ich Daten an Dritte weitergeben muss, muss ich mir vorher für jeden Schritt eine Genehmigung einholen.

Bei diesem Prozess habe ich im Baubereich sehr viele Personen, die dabei beteiligt sind. Also stellt sich die Frage, wie kann man die Datenweitergabe respektive den Datenschutz mit der Beschleunigung des Prozesses unter einen Hut bekommen.

Letzte Frage zum Themenkreis Normen – Bayerische Bauordnungsnovelle, Abstandsrecht, da wurde ja auch versucht stärker eine Nachverdichtung im Innenbereich zu ermöglichen, Art. 6 BayBO. In den großen Städten (über 250.000 Einwohner) wurde es wieder ausgenommen und die kleineren Gemeinden konnten durch eine Satzung davon weggehen, von dem eigentlichen Ziel der Novelle, eine Nachverdichtung mit geringeren Abstandsflächen zuzulassen. Wie ist Ihre Erfahrung oder haben Sie da ein Feedback dazu?

Kießling: Im Prinzip ist es gleich, ob wir über die BayBO oder das BauGB sprechen – der Gesetzgeber stellt hier einen Werkzeugkasten zur Verfügung, welchen die Kommune aufgrund seiner Planungshoheit nutzen kann, aber nicht muss. Das ist auf der Bundeebene mit dem Baugesetzbuch genauso wie auf der Landesebene mit der Bayerischen Bauordnung. Und es ist richtig, dass Kommunen selbstständig darüber entscheiden können, denn Sie wissen vor Ort am besten, was notwendig ist.

Dann darf man sich aber über steigende Bodenpreise nicht weiter beschweren und muss weiter raus wieder in der freien Landschaft Bauland ausweisen.

Kießling: Wenn man sich bei uns im Wahlkreis umsieht, so gibt es durchaus viele Dörfer, wo alte Bauerngehöfte stehen, die nur geringfügig genutzt werden. Da stellt sich dann die Frage, wie schaffe ich, diesen Innerortsbereich wieder attraktiv zu machen, zu aktivieren. Also wie schaffe ich dort mehr Wohnraum? Gibt es die Möglichkeit, das Gehöft umzubauen, zu erweitern, Wohnungen reinzubauen.

Da kommen wir zu einem Grundsatz der CSU: Mit welchen Anreizen kann ich es schaffen, dass solche Flächen besser genutzt werden können?

Aus diesem Grund haben wir erst kürzlich im Deutschen Bundestag einen Antrag eingebracht, in welchem wir fordern, Programme zur Eigentumsförderung aufzulegen – z. B. Jung kauft Alt. Also wenn eine junge Familie ein altes Gebäude kauft und dies renoviert, dann gibt es einen Zuschuss.

Es geht uns darum, Anreize gegen diesen Donut-Effekt zu schaffen. Es sollen also keine neuen Baugebiete um zum Teil leerer werdende Dörfer herum entstehen.

Unter Wahrung der Abstandsvorschriften, so wie es die Gemeinde dann haben will?

Kießling: So wie die Kommune das Planungsrecht vorgibt. Da gibt es bei uns im Landkreis auch Beispiele, wie das ohne Gesetz geht, also ohne Bebauungsplan. Da kann durchaus viel Wohnraum geschaffen werden kann – mehr als die Bevölkerung oft möchte. Da sind die Kommunen dann gefordert, mit dem Planungsrecht verantwortungsvoll umzugehen.

Ja, wenn man ein Durchregieren bis nach unten nicht haben will ...

Kießling: Also ich glaube, dass der Bund nicht der bessere Bauherr ist. Die Kommunen wissen, wo ist etwas zulässig und was man machen kann. Sie können es vor Ort besser bewerten, wie es wirkt, wenn es später sehr dicht bebaut ist. Das alles muss ja auch zusammenpassen. Da sind die Gemeinderäte wirklich gefordert, da eine gute Lösung zu finden.

Nächster Themenkreis wäre die staatliche Förderung von bezahlbarem Wohnraum. Gerade die CSU, der Sie ja angehören, hat sich für das Baukindergeld eingesetzt, wurde ja auch verabschiedet und auch ausbezahlt. Wie sehen Sie das im Rückblick, wie sehen Sie die aktuelle Ankündigung, dass das auslaufen soll, weil die Mittel zu Ende gehen?

Kießling: Also rückwirkend betrachtet war das Baukindergeld ein voller Erfolg. Wenn man sieht, welche Familien das Geld bekommen haben, dann hat man genau die erreicht, die man auch erreichen wollte damit. So stammen 86 Prozent der Anträge

von Familien mit 1 – 2 Kindern, das ist genau das, was wir wollten. Und diese Art der Förderung ist wichtig, denn wir wissen, wenn jemand Wohneigentum besitzt, hat er eine Altersvorsorge. Und das muss auch nach wie vor gefördert werden.

Neben Wohneigentum brauchen wir aber auch Menschen, die Wohnraum zur Verfügung stellen. Und wenn man die Strukturen ansieht, wer Wohnraum zur Verfügung stellt, dann sind das 60–70% Privateigentümer - und auch das muss gefördert und unterstützt werden. Das bedeutet für uns, dass man zum Beispiel im Bereich der Abschreibung wieder tätig werden muss.

Das war ja eine lange Forderung von der CSU, die Abschreibungssätze zu verbessern. Die sind ja nur verbessert bis zu max. 2.000,00 €/m² Baukosten, aber das hat für unsere Region hier wenig bis nichts geholfen, weil die Baukosten deutlich höher waren und sind.

Kießling: Das mit den 2.000,00 € war ein Beschluss der vergangenen Legislaturperiode mit einem Koalitionspartner, bei welchem wir uns leider nicht immer durchsetzen konnten. Damals hatten wir vorgeschlagen, dass man sich bei den Kostenobergrenzen zumindest auf die Baukostengruppen DIN 300 und 400 verständigt. Doch das war mit dem Koalitionspartner nicht zu machen. Und deswegen sagen wir, wir müssen jetzt nochmals in den Abschreibungsbereich rein, insbesondere wegen des steigenden Zinses und dem Wegfall verbilligter Kredite.

Nochmals zurück zum Baukindergeld. Diese Förderung, hat die hier im Landkreis auch was gebracht oder sind das nur bundesweite Zahlen?

Kießling: Allein bis zum Jahr 2021 sind über 12,4 Millionen Euro Baukindergeld im Bundeswahlkreis Starnberg – Landsberg am Lech erfolgreich beantragt worden. Davon 7,6 Millionen Euro im Landkreis Landsberg und 4,8 Millionen Euro im Landkreis Starnberg. Hierzu habe ich auch viele positive Rückmeldungen von Familien erhalten, die sich sehr darüber gefreut haben.

Jetzt ist die Ankündigung da, dass die Förderung die nächsten Monate weg ist.

Kießling: Wir haben damals die Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt. Aber aktuell lautet die Frage, werden die Mittel im nächsten Haushalt weiterhin vorhanden sein oder werden sie eingefroren. Und so wie es jetzt aussieht, werden nicht mehr ausreichend Mittel zur Verfügung stehen. Also wird das Baukindergeld faktisch auslaufen.

Nächstes Thema: Sozialer Wohnungsbau also direkte Förderung von bezahlbarem Wohnraum. Die Meinung von Haus & Grund ist, dass da die staatliche Seite, angefangen von den Gemeinden, über die Landkreise und auch das Land Bayern (Stichwort Bayernheimbau, die vor 2 – 3 Jahren mal gegründet wurde) am Zug ist, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Weil die Privaten sowas – also für wirklich Geringverdiener und Sozialempfänger – nicht stemmen können.

Was ist hier die aktuelle Lage, was passiert hier wirklich?

Nach meiner Wahrnehmung hier im Landkreisgebiet nur ganz punktuell – einige Gemeinden machen schon was, aber es hängt immer davon ab, wie es betrieben

wird. Hier in Landsberg, z. B. beim „sozialen Baufeld“ im Wiesengrund, wird seit Jahren nur geredet und geplant – stehen tut immer noch nichts!

Kießling: Das Land Bayern baut! Aber da haben wir die Herausforderung, dass das Ziel noch erfüllt werden muss, was man sich damals gegeben hat. Und auch im Landkreis Landsberg ist man an dem Thema dran. Der Landkreis hat selbst Sozialwohnungen und zudem wurde jetzt auch vor kurzem in Schondorf wieder etwas gebaut. Grundsätzlich sind hierbei aber die Kommunen gefragt - und natürlich Privatinvestoren -, die nicht nur ein bis zwei, sondern am besten zahlreiche Wohnungen bauen sollten. Aber: Nach wie vor ist es in unserer Region eine Riesenherausforderung.

Der Druck auf bezahlbaren, günstigen Wohnraum wird durch die Flüchtlingswelle aus der Ukraine weiter verschärft.

Kießling: Wir haben grundsätzlich die Herausforderung, günstige und bezahlbare Wohnungen für Familien zu schaffen. Selbst für den Normalverdiener, wenn man beispielsweise als Familie mieten muss, wird es schwierig, weil auch die großen Wohnungen nicht ausreichend zur Verfügung stehen. Das sieht bei kleineren Wohnungen anders aus. Davon gibt es am Immobilienmarkt mehr, weil diese schneller zu vermieten sind als 4-5 Zimmer-Wohnungen.

Die jetzt mit der Kostenexplosion noch größer wird, weil „bezahlbares Bauen“ immer schwieriger bzw. unmöglich wird: Die privaten Bauherren werden sich da komplett rausziehen, weil man selbst einfachem Wohnraum, wenn man alle Vorschriften einhalten muss - Brandschutz und energetische Anforderungen - bei den heutigen Preisen nur noch mit ein paar Tausend Euro Einsatz pro m² bauen kann. Diese Kosten dann über Sozialmieten wieder herein zu wirtschaften, trauen sich nur ganz, ganz wenige private Investoren zu.

Kießling: Umso weniger verstehen wir unseren Wirtschaftsminister, der die KfW-Förderungen regelt. Nehmen wir zum Beispiel die Neubau-Förderprogramme KfW 55 und KfW 40 und das Förderchaos in diesem Jahr. Man hat gewusst, dass es zu Beginn des Jahres ausläuft. Auch der Finanzminister der letzten Regierung (*Scholz*), der müsste jetzt Kanzler sein, hat das frühzeitig gewusst.

Und man hatte ausreichend Zeit gehabt, um zu regeln, wie eine sinnvolle Nachfolgelösung hätte aussehen können. Doch dann folgte ein Förderfiasko, dessen Auswirkungen auf dem Markt immer noch zu spüren sind. Das alles hat uns vor allem eines gezeigt: Wir brauchen eine Förderpolitik, die verlässlich ist. Plane ich heute ein Haus und beantrage Förderung, benötigt das alles eine erhebliche Vorlaufzeit. Dann rechne ich natürlich mit der Förderung. Wenn diese aber dann wegfällt, wird es schwierig.

Wenn wir also bezahlbare Wohnungen wollen und wenn wir aber zugleich Anforderungen an Gebäude in Bezug auf Klimaschutz stellen, dann muss ich als Regierung dafür Sorge tragen, dass der Bauherr, der das will, es sich leisten kann.

Vor allen Dingen, wenn am Ende günstiger Wohnung rauskommen soll, und nicht nur wie oft Wohnungen im Hochpreissegment.

Kießling: Und wenn günstiger Wohnraum herauskommen soll, dann muss ich schauen, dass ich diese Mehraufwände, die ich durch gesetzliche Vorgaben mache,

auch kompensiere. Es hilft nichts, wenn ein Wirtschaftsminister sagt, KfW 55 ist Standard, der muss nicht mehr gefördert werden – weil dies letztendlich nicht stimmt. Viele haben gesagt, mit KfW 55 ist das Preis-Leistungs-Verhältnis so, dass es passt.

Danke für die Erörterungen dazu. Bevor wir zur Energie, zum aktuellen Thema kommen, noch eine kurze Frage zur Mietpreisbremsen-Thematik. Die letzten Jahre waren Mietenbremse oder gar -deckel sog. Buzzwords in der Politik!

Im Koalitionsvertrag steht da eigentlich immer noch drin, eine weitere Absenkung der Kappungsgrenze – diese 15%-Geschichte in gefährdeten Gebieten. Standardmäßig kann ich Mieten ja alle 3 Jahre um 20% erhöhen, in Gebieten mit gefährdeter Wohnraumversorgung – wozu Landsberg, Kaufering und Dießen gehört – 15% in 3 Jahren. Und jetzt soll es noch weiter auf 11% abgesenkt werden. Haben Sie Kenntnisse, dass das jetzt im Gesetzgebungsverfahren ist – ich habe nichts dazu gefunden – und wie stehen Sie dazu?

Kießling: Zum Thema Mietpreisbremse weiß ich nicht, was die Koalition gerade plant – man hört zurzeit nichts davon. Aktuell sind es andere Themen, wie z. B. das Vorkaufsrecht, die diskutiert werden. Generell bin ich persönlich sehr vorsichtig, was die Mietpreisbremse betrifft. Wir haben gesehen, dass es für die Mieten einen gewissen Effekt hat. Weiter verschärfen würde ich es aber nicht. Denn wir haben auch gesehen, was ein Mietendeckel für Folgewirkungen haben kann. Kurzzeitig war dieser in Berlin in Kraft gesetzt worden. Und es war eine Katastrophe für die Schaffung von neuen Wohnraum: Wenn der Verkaufsanteil von Wohnungen nach oben geht und das Angebot für Mieten nach unten geht, kann dies nicht richtige Weg sein.

Auszüge für Immobilienbesitzer aus dem Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung (SPD-Grüne-FDP) vom Dezember 2021:
https://www.haufe.de/immobilien/wirtschaft-politik/koalitionsvertrag-aus-immobiliensicht_84342_553592.html

Und ich darf die Investoren nicht verschrecken, indem ich die Preise reguliere, weil die sind ja eh schon durch das Mietrecht massiv reguliert.

Kießling: Das ist doch das Thema! Man wird doch wohl, wenn man das Risiko eingeht und ein Investment macht, davon ausgehen dürfen, dass daraus ein Ertrag erzielt wird.

Vermieter, die zum Teil 10 Jahre und mehr nicht erhöhen und dann zu uns kommen – Mitglieder von uns – und sagen, jetzt wollen wir mal wieder was erhöhen, wie geht das denn? Es ist schon überhaupt kompliziert und dann ist das mit den 15% in Landsberg zu beachten. Wenn sie da lange nicht erhöht haben und jetzt würde die Kappungsgrenze weiter auf 11% abgesenkt, dann sind sie der Dumme!

Kießling: Die Vermieter sind überwiegend anständige Vermieter. Dass es da mal Ausreißer gibt, ist so, aber ich darf nicht den Ausreißer als Standard deklarieren und danach meine Mietpolitik ausrichten.

Und wenn ich über bezahlbare Mieten rede, dann muss ich auch schauen, was unser Finanzamt macht – zum Beispiel wenn ich unter dem Mietspiegel vermiete. Denn da kann es sein, dass ich indirekt dazu gezwungen werde, die Mieten zu erhöhen, damit ich wieder abschreiben kann. Auch hier muss man an einer Lösung arbeiten.

Dann wäre ich bei der Energiekrisen-Thematik, die natürlich alles momentan überlagert. Zunächst: Wir haben uns durch die Konfrontation mit Russland, indem wir uns ganz nah an die Seite der angegriffenen Ukraine gestellt haben, natürlich in den Konflikt reingebracht. Stehen Sie dazu, dass wir der Ukraine so stark beistehen, wie es alle europäischen Länder auch tun und die Amerikaner, wobei letztere ja nicht so stark geschädigt sind, wie wir?

Kießling: Wir sprechen von einem Angriffskrieg in Europa auf ein souveränes Land.

Aber nicht Mitglied der EU und nicht Mitglied in der NATO!

Kießling: Wir wissen aber auch, dass die östlichen NATO- und EU-Länder eine gewisse Bedrohungslage haben. Deshalb ist es ganz wichtig, dass man hier klare Grenzen aufzeigt. Wir wissen allerdings auch, dass das Thema Sanktionen – wenn man auf den Gaspreis zurückkommt – nicht spurlos an uns vorübergeht. Das merkt jetzt jeder, begonnen bei den Lebensmittelpreisen bis hin zu den Energiepreisen.

Deshalb ist es wichtig, jetzt alle Optionen auf den Tisch zu legen und sehr zügig zu entscheiden. Für mich ist es zum Beispiel klar, dass wir die Laufzeiten der noch am Netz befindlichen Kernkraftwerke verlängern beziehungsweise in den Streckbetrieb gehen müssen.

Energie in Deutschland – in täglich aktualisierten Grafiken:

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/stromerzeugung-und-energiepreise-so-hart-trifft-die-krise-deutschland-18232227.html>

Wenn wir den (teuren) Anteil Gas bei der Stromerzeugung rausnehmen – wir können dann nur noch mehr Kohle verfeuern – was wir eigentlich zu CO₂-Verringerung ganz aufhören sollten und müssten!

Kießling: Nach dieser Statistik habe ich im Kopf, dass Atomkraft knapp 6-8 Prozent ausmacht. Wenn wir jetzt Gas und Atomkraft rausnehmen würden, dann sind das fast 20 Prozent, die zur Stromversorgung fehlen!

Und wie können wir die einsparen respektive wie können wir die anderweitig kompensieren?

Genau deswegen müssen wir jetzt etwas pragmatischer sein. Man muss die Kernkraft einfach weiterlaufen lassen, weil das Gasproblem sich so schnell nicht lösen lassen wird.

Die aktuelle Abhängigkeit von Russland – wie sehen Sie das im Rückblick: Die Nordstream-Geschichte 1 und 2, dass man da so einen hohen Anteil hat – was den meisten Bürgern jetzt erst bewusst wurde als es hieß, „Uuups“, wir haben um die 50% unseres Gases aus dem Land, das jetzt einen Angriffskrieg unmittelbar am Rande Europas führt. Das ist natürlich nach 16 Jahren großer Koalition ein Thema.

Kießling: Jeder wollte günstige Energie haben und wir haben diese aus Russland bekommen. Das muss man so sagen!

Zudem waren Sie auch lange ein verlässlicher Partner. Und aus dem damaligen Blickwinkel heraus betrachtet, hat man gesagt, wenn wir mit Russland handeln, dann schaffen wir durch die wirtschaftliche Zusammenarbeit ein gewisses Vertrauensverhältnis, worauf friedliche Strukturen beruhen könnten. So war die Hoffnung. Dies hat sich jedoch leider nicht bewahrheitet.

Aber dies war eben nicht nur die Meinung von CSU/CDU, sondern es war großer Parteikonsens.

Kießling: Großer Parteikonsens war auch, dass wir keine große Bundeswehr mehr brauchen. Hier war es auch so, dass man gesagt hat, die Bundeswehr hat jetzt einen anderen Fokus, wir konzentrieren uns auf Auslandseinsätze und weniger auf die Verteidigung. Jetzt merken wir, dass Verteidigungsfähigkeit weiter sehr wichtig ist und dass man die Fähigkeiten der Bundeswehr wieder verbessern muss.

Das Thema Mieterstrom höre ich seit vielen Jahren, Stromverkauf an die Mieter: Wie ist da der Stand – meines Wissens immer noch zu kompliziert?

Kießling: Das ist richtig, hier gibt es eindeutig Handlungsbedarf. Denn der Vermieter ist immer noch Stromanbieter mit allen Konsequenzen, von der Liefergarantie, über die Abrechnung bis hin zur Besteuerung.

Will man also die dezentrale und regionale Stromerzeugung fördern und am besten auf dem eigenen Haus Energie gewinnen, verbrauchen oder speichern, dann müssen die dazu bestehenden gesetzlichen Regularien – auch Steuergesetze - deutlich vereinfacht werden.

Habe ich genauso gehört bei den Freiflächenanlagen, den größeren, da wurde ja auch diese Zertifizierungsschwelle, die ist jetzt bei über 100 kW-Peak liegt, was relativ schnell erreicht ist – dann müssen die Anlagen zertifiziert werden, und deutschlandweit gibt es nur ganz wenige Zertifizierer, d. h. hier muss man auch monatelang drauf warten, bis man diese Zertifizierung bekommt (und erst danach ans Netz gehen kann).

Es gibt jetzt schon eine sog. Mittelenergiesicherungsverordnung der Bundesregierung, dass alles runtergedreht werden soll, also nicht so stark

beheizt wird, und dass der Vermieter nur noch 19 oder 20 Grad Wärme im Winter zur Verfügung stellen muss.

Kießling: Die Diskussionen die im Bundeswirtschaftsministerium z. B. über die Teilwarmmiete geführt werden, sind nicht hilfreich. Wenn der Vermieter nämlich für die Nebenkosten mitbezahlt, welchen Anreiz gibt es dann für die Mieter, Energie einzusparen?

Kanzler Scholz soll sogar Befürworter einer Vollinklusionmiete sein...

Kießling: Ja, wenn das Wirtschaftsministerium tatsächlich an so etwas arbeitet, dann sage ich „Vorsicht“.

Weil das natürlich eine krasse Geschichte wäre, jetzt bei der aktuellen Entwicklung, in der sich Energie so verteuert und der Vermieter dies dann „Allinklusiv“ liefern soll mit einer festen Warmmiete, die er nicht anpassen könnte.

Wie beurteilen Sie die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung, wie man jetzt mit der Krise umgegangen ist. Stichwort Erlass CO2-Abgaben auf die Kraftstoffe (ist ja heute ausgelaufen), 9,00 €-Ticket (3 Monate mit dem Zug sehr günstig rumfahren dürfen). Jetzt ist die Energiepauschale grade in der Auszahlungsphase ab heute mit großem Arbeitsaufwand der Steuerkanzleien – ich war gestern bei meinem Steuerberater, der hat gesagt, was wir da an Arbeit gehabt haben, um diese 300 € in alle Arbeitsverhältnisse rein zu bringen.

Kießling: Die 300 € Energiepreispauschale halte ich für sehr fragwürdig. Da wird mit der Gießkanne Geld ausgeschüttet, obwohl zielgerichtete Hilfen für kleinere und mittlere Einkommen sowie für das Handwerk und stark betroffene Unternehmen jetzt eigentlich notwendiger wären. Zudem kommen durch den steuerlichen Abzug in etwa nur zwei Drittel des Betrages beim Empfänger an.

Ich als Arbeitgeber mit meinen Angestellten muss es sozialversteuern, drauf auf die 300 € - mich kostet es ca. 340 € - und die Arbeitnehmer kriegen um die 200 €, also 100 € Abzug.

Kießling: Kurz zum Thema Tankrabatt: Es war – wenn auch die Ausführung nicht komplikationslos verlief - schon wichtig, dass es diesen gegeben hat. Denn gerade bei uns im ländlichen Raum, wo viele auf das Auto angewiesen sind, war eine Entlastung bei den Kraftstoffpreisen dringend geboten. Aber - und da verstehe ich die Bundesregierung nicht - warum hat man sich den ganzen Sommer lang nicht darum gekümmert, Folgeleistungen zu erarbeiten?

Die Gasumlage ist jetzt beschlossen mit 2,4 Cent + USt.-Absenkung beim gesamten Gasverbrauch von 19 auf 7%. Jetzt ist noch die Diskussion, was sind die „notleidenden Unternehmen“.

Kießling: Die amtierende Regierung hat einen großen Aufwand für zahlreiche fragwürdige Einzelmaßnahmen betrieben. Aber ein Gesamtkonzept, wie

grundsätzlich mit dem Energieengpass und den steigenden Kosten umgegangen werden soll, sehe ich nicht.

Im Gegensatz dazu gibt es für mich einen klaren Fahrplan in dieser Zeit – einen Dreiklang, den wir gerade in der aktuellen Lage dringend verfolgen sollten: Erstens muss Energie eingespart werden, wo es nur möglich ist. Zweitens müssen wir unsere Energie effizienter nutzen und drittens die regenerativen Energiequellen ausbauen – und zwar jede Form, die wir haben! Und dabei ist mir besonders wichtig, dass wir technologieoffen und nicht mit ideologischen Scheuklappen vorgehen!

Dr. Kappes dankt für das informative Gespräch vom 01.09.2022 und wünscht viel Erfolg bei der Bewältigung der aktuellen Aufgaben in Berlin.

Zur Person

Michael Kießling, Dipl.-Bauingenieur (FH), wurde im Herbst 2021 zum zweiten Mal als Direktkandidat der CSU in den Deutschen Bundestag (BT) gewählt und war von 2014 bis 2017 Bürgermeister der Gemeinde Denklingen. Mitglied des BT-Ausschusses „Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen“.